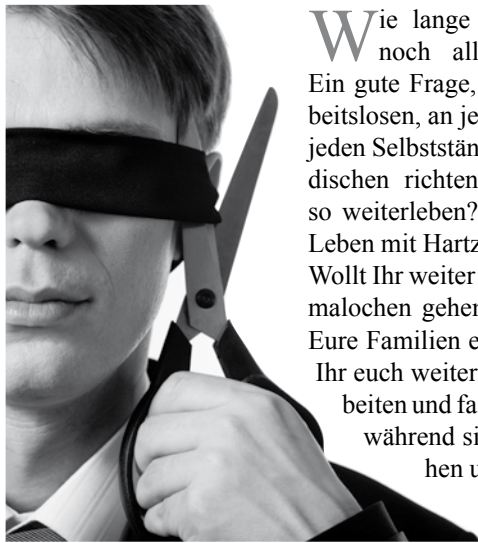




Aufwachen - Es ist Zeit zu handeln!

Wie lange wollen wir uns das noch alles gefallen lassen?



Wie lange wollen wir uns das noch alles gefallen lassen?

Ein gute Frage, die wir an jeden Arbeitslosen, an jeden Arbeitnehmer, an jeden Selbstständigen und Mittelständischen richten. Wollt Ihr wirklich so weiterleben? Wollt Ihr weiter ein Leben mit Hartz-IV-Almosen fristen? Wollt Ihr weiter für einen Hungerlohn malochen gehen, von dem Ihr kaum Eure Familien ernähren könnt? Wollt Ihr euch weiter den Buckel wund arbeiten und fast nichts davon haben, während sich die Bonzen ausruhen und immer fetter werden? Oder teilt Ihr unsere Erkenntnis,

daß sich in Deutschland grundlegend etwas ändern muß?

Ihr habt alle erlebt, wie uns die Herrschenden jedes Jahr aufs Neue versprochen, daß alles besser wird. Doch von Wahl zu Wahl wurde es nur noch schlimmer. Wir appellieren an die Vernunft jedes einzelnen Deutschen: Wacht endlich auf!

Natürlich kann man sich einreden, daß man ja eh nichts ändern kann. Doch: Wo ein Wille, da ein Weg! Wenn wir Deutschen endlich wieder als Ge-

meinschaft zusammenstehen, können wir alles erreichen. Auf jeden Einzelnen von uns kommt es dabei an. Schluß mit dem „Teile und Herrsche“ der Versagerparteien! Fallen wir nicht länger auf ihre Brot- und Spiele-Gesellschaft herein. Stehen wir endlich gemeinsam auf: Für ein freies Deutschland, für eine lebenswerte Zukunft, für unsere Familien und Kinder!

Wir sind viele. Wir sind mehr. Wir sind das Volk!

Die Redaktion

Todesstrafe für Kinderschänder

Auch in unserem Land häufen sich die Fälle, bei denen Kinder von perversen Schweinen brutal mißbraucht, vergewaltigt und oft genug auch ermordet werden. Selbst innerhalb der katholischen Kirche werden in letzter Zeit vermehrt Mißbrauchsfälle bekannt.

Doch warum unternehmen die Herrschenden nichts gegen diese kranken Zustände? Warum schaut man sich erstmal seelenruhig die Vorgeschichte des Täters an, um ihm anschließend eine milde, fast schon lächerliche Strafe zu verpassen? Wie kann es sein, daß Meinungsdelikte in der BRD höher bestraft werden, als der Mißbrauch oder die Tötung eines wehrlosen Kindes? Mit dieser Samthandschuhpolitik muß Schluß sein!



Es kann nicht sein, daß überstudierte Soziologen und Psychiater verurteilten Kinderschändern immer wieder eine „soziale Unbedenklichkeit“ bestätigen, so daß viele dieser Triebtäter bereits nach wenigen Jahren sogar „Freigang“ erhalten und sich so wieder ihren perversen Neigungen hingeben können. Eine Studie des Leiters der Berliner Charité hat ergeben, daß die Rückfallquote von Sexualstraftätern bei 80 Prozent

liegt. Unzähligen Opfern hätte man ihr Leid ersparen können, wenn man diese Perverslinge nicht mit Samthandschuhen angefasst hätte. Diese kranken Gestalten haben nur eins verdient: die Todesstrafe! Nur so kann die Gemeinschaft vor ihnen geschützt werden.

Wer das Leben unserer Kinder zerstört, der hat das Recht auf sein eigenes Leben verwirkt!

■ Grenzkriminalität

WELT ONLINE teilte mit, daß die „Toleranz“ an der Grenze zu Polen und der Tschechei - infolge der totalen Grenzöffnung - zu mehr Kriminalität führte. In Brandenburg stieg der Kfz-Diebstahl um 30,9 Prozent an. Davon betroffen sind besonders die grenznahen Städte. In Sachsen wuchs die Quote sogar um 32 Prozent. Für M-V liegen keine Zahlen vor, weil natürlich nicht sein kann, was nicht sein darf. Fakt ist, daß der Anteil der Nicht-Deutschen unter den Tatverdächtigen gestiegen ist. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gab im Zusammenhang mit der Grenzkriminalität zu verstehen, daß „die Politik alles aus politischen Gründen schöngeredet hat“. Dem kann man nichts hinzufügen!

■ Kurz & Knapp

Grenzkriminalität - Ende März kam es auf dem Golm zu einem Raubüberfall auf eine 57-jährige Deutsche. Der Frau wurde dabei von zwei Polen der Rucksack mit Wertsachen und persönlichen Papieren entrisen. Die polnischen Täter benutzten bei dem Überfall einen Elektroschocker und flüchteten anschließend auf ihren Fahrrädern wieder nach Swinemünde. Dank offener Grenzen alles kein Problem!

Wahlversprechen - Ein aktuelles Beispiel für gebrochene Wahlversprechen gibt es in den Kaiserbädern. Die NPD beantragte die Einführung eines Begrüßungsgeldes für Neugeborene in Höhe von 500 Euro pro Kind. Nachdem der Antrag in den Finanzausschuß überwiesen wurde, lehnte man ihn dort schlußendlich ab. Zynischerweise auf Antrag der CDU, jener Partei, die sich in ihrem Programm zur Gemeindevorteilwahl noch selbst für ein Begrüßungsgeld ausgesprochen hatte. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Saupe begründete die Ablehnung u.a. damit, man habe festgestellt, daß die Gemeinde für diese Maßnahme kein Geld hätte. Diese - wenn auch falsche Erkenntnis - kam der CDU natürlich erst nach der Wahl. Aber was interessiert einen waschechten BRD-Politiker schon sein Geschwätz von gestern...?

DDR 2.0 - Eine „demokratische Bürgermeisterwahl“ fiel in Anklam leider aus. Dafür fand eine Ersatzveranstaltung nach bester DDR-Manier statt. Wie das, fragen Sie sich? Ganz einfach: Die Kandidatenliste wurde bereinigt. So genannte Wahlausschüsse, die nichts anderes darstellen als Werkzeuge der etablierten Parteibonzen, haben den Bewerber der NPD, den Rechtsanwalt Michael Andrejewski, wegen mangelnder Linientreue vom Wahlzettel gestrichen. Schöne „Demokratie“!

Schönfärberei bei Arbeitslosenzahlen Oder: Das Wolkenkuckucksheim der Herrschenden!

Nach offizieller Lesart hat der Frühling für einen kräftigen Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Im März seien die Arbeitslosenzahlen um 75.000 auf 3,568 Millionen zurückgegangen.

Die Welt vom 01.04.2010 merkt dazu einschränkend an: „Die Arbeitslosenzahlen kann man nicht allein für sich betrachten. Daß sie nicht viel höher ausfallen, liegt einerseits daran, daß die Statistik nicht mehr alle Arbeitslosen erfaßt. Offiziell ging die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat um 18 000 zurück, aber nur, weil arbeitslose Teilneh-

mer bestimmter Trainingsmaßnahmen sowie Arbeitslose, die von Privatvermittlern betreut werden, nicht mitgezählt werden. Wären sie dabei, wäre die Arbeitslosenzahl um 142 000 gestiegen. Dazu kommen die 800 000 Kurzarbeiter. Einige Hunderttausend von ihnen wären arbeitslos, wenn die Unternehmen nicht die vom Staat geförderte Kurzarbeit in Anspruch nehmen würden.“

Mit anderen Worten: Die ins Volk posaunten Zahlen sind also nach wie vor nicht die wahren!



Die Regierenden und ihre Haus- und Hofherolde von der Bundesagentur für Arbeit wollen demzufolge weiter in ihrem Wolkenkuckucksheim hausen. Sollen sie. Es wird der Tag kommen, an dem ihnen die katastrophalen Verhältnisse, die sie im Zuge ihrer volksfeindlichen Politik fabrizierten, mit lautem Knall auf die Füße fallen werden.

Ein Gesetz für den Papierkorb?

(Quelle: www.un-nachrichten.de)

Seit Wochen diskutieren die „Versager-Parteien“ darüber, wie mit den Hartz-IV-Empfängern zu verfahren sei, ob und wie hoch die Lebenshaltungskosten anzusetzen seien. Nur über eine Tatsache herrscht in den Medien (wieder einmal) das große Schweigen: 40 Prozent aller Hilfeempfänger sind Ausländer, für deren Lebensunterhalt wir aufkommen müssen. Über diese Nebenwirkungen und Langzeitfolgen der offenen Grenzen für alle Armutsflüchtlinge der Welt, genannt auch Unterschichtenimport, wird kein Wort verloren!

grationshintergrund. Im Schnitt sind rund 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger Ausländer. Viele von ihnen sprechen wenig bis gar kein Deutsch und ihre Bildungssituation ist alarmierend: Laut Mikrozensus 2008 haben 14,2 Prozent der Ausländer keinen Schulabschluß. Zum Vergleich: Im deutschen Volk sind es 1,8 Prozent.

Im Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet heißt es unter § 55 (Ermessungsausweisung):

(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt.

(2) Ein Ausländer kann nach Absatz 1 insbesondere ausgewiesen werden, wenn er für sich, seine Familienangehörigen oder sonstige Haushaltsangehörige Sozialhilfe in Anspruch nimmt.

Daraus ergibt sich doch eigentlich nur eine Frage: Wozu hat die BRD ein Ausländergesetz zur Abschiebung derer, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, wenn sie es nicht durchsetzt? Man fragt sich, was noch passieren muß, bis die zuständigen Behörden endlich das erlassene und geltende Ausländerrecht durchsetzen!

Wie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 9. Februar 2010 mitteilte, sind Menschen aus Zuwandererfamilien etwa mit einem doppelt so hohen Anteil von Hilfebedürftigkeit vertreten wie Deutsche ohne Mi-



Warum unsere Gesundheit soviel kostet

Neben Praxisgebühr und Zuzahlungen für Medikamente, Fahrkosten und Krankenhausaufenthalt verlangen einige Krankenkassen ab Februar einen monatlichen Zusatzbeitrag von 8,- Euro. Begründet wird die schamlose Abzocke mit den jährlich steigenden Kosten im Gesundheitswesen. Doch sind wirklich nur der medizinische Fortschritt und die Vergreisung schuld an der Kostenexplosion?

Millionen Fremde haben Anspruch

Ein Zusammenbruch der Krankenversicherungssysteme ist unumgänglich, wenn wie heute Millionen Fremde aus aller Welt genau den gleichen Anspruch auf Leistungen haben

wie wir Deutschen. Wir und unsere Vätergenerationen haben jahrelang in das Sozialsystem eingezahlt, dadurch haben wir auch Anspruch auf Leistungen. Ein Großteil der heute daraus beziehenden Ausländer hat jedoch nie eingezahlt.

Hinzu kommen bilaterale Abkommen mit anderen Ländern. So sind beispielsweise seit 1964 Familienmitglieder (inkl. Eltern) von in Deutschland versicherten Türken in der Türkei beitragsfrei mitversichert.

Die Macht der Pharmakonzerne

Die monopolähnlichen Strukturen internationaler Pharmakonzerne sind ein weiterer Faktor für die Kostenexplosion.

Anstatt als Bundesregierung entsprechende Gesetze zu erlassen und somit die Preistreiberei zu unterbinden, lassen sich die Berliner Bonzen gern mal von den Pharmedebatten unter die Arme greifen. Das geht mittlerweile soweit, daß diese sogar an Gesetzen mitwirken. Naturheilverfahren, oftmals kostengünstiger und ohne Nebenwirkungen, werden systematisch vom Markt ferngehalten.

Unnötiger Verwaltungsapparat

Auch der riesige und unnötige Verwaltungsapparat der rund 200 Krankenkassen trägt zur Kostensteigerung bei. Die Kasenchefs gehören trotz Milliardendefizit zu den Spitzenver-



diernern mit bis zu 300.000 Euro Jahresgehalt.

Auch wenn Ihre Krankenkasse noch keinen Zusatzbeitrag einfordert, können Sie in den nächsten Monaten fest damit rechnen. Solange uns Politiker regieren, die nicht willens sind, Politik nur für unser Volk zu machen, wird sich die jetzige Entwicklung ungebremst fortsetzen. Nur ein Gesundheitssystem, welches sich auf seine Wurzeln - das deutsche Volk - besinnt, ist zukünftig überlebensfähig, vorausgesetzt die Vergreisung wird durch Familienförderung gestoppt



Hartz IV abschießen - mit Klagen und Widersprüchen!

Jeder Widerspruch bei der zuständigen ARGE und jede Klage beim Sozialgericht ist wie einer Schippe Sand, die ins Verarmungsgetriebe des asozialen Gesetzesmachwerks namens Hartz IV rieselt und es schließlich still stehen läßt.

Glücklicherweise wehren sich immer mehr Bürger gegen rechtswidrige Bescheide. Wenn alle Hartz-IV-Opfer diesem Beispiel Folge leisten würden, geschähe dasselbe, als wenn sämtliche Inhaber von Bankkonten gleichzeitig ihr Geld abhoben. Die Geldinstitute wären sofort platt. Ebenso könnte eine Flut von Widersprüchen und Klagen die herrschenden Parteien zwingen, Hartz IV zurückzunehmen und durch sozialere Regelungen zu ersetzen, gegen die nicht mehr so viele Menschen vorgehen würden. Noch entstehen

dem Leistungsbezieher dadurch, daß er Widerspruch einlegt, keine Kosten. Dies gilt unabhängig davon, ob er gewinnt oder verliert. Sollte er sich mit seinem Rechtsmittel aber durchsetzen, kann er beim Amt sogar die Erstattung seiner Kosten fordern.

Ähnlich verhält es sich bei Klagen. Gerichtskosten entstehen nicht. Ein Anwalt ist auch in der zweiten Instanz nicht notwendig, und falls man doch einen haben will, beantragt

man Beratungshilfe beim zuständigen Amtsgericht. Dafür muß ein Anwalt die Beratung sowie die Vertretung im Widerspruchsverfahren übernehmen, wozu er im übrigen verpflichtet ist und wofür er höchstens 10 Euro nehmen darf. Anschließend beantragt man Prozeßkostenhilfe für das sozialgerichtliche Verfahren. Wird die bewilligt, übernimmt der Staat die Bezahlung des Anwalts auch dann, wenn man verliert. All dies ist risikolos und nicht

schwer. Das Schlimmste, was passieren kann, ist ein Hinweis des Sozialgerichts, daß die Klage vollkommener Blödsinn sei und man sie besser zurücknehmen solle, sonst müßten Bürokraten in einer Größenordnung von maximal 10 Euro übernommen werden.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Die Betroffenen selbst können entscheiden, ob sie Hartz IV den Todesstoß versetzen wollen. Das ist machbar!

Hartz-IV-Beratung im Bürgerbüro

Jeden Montag finden im NPD-Bürgerbüro in Anklam Hartz-IV-Beratungen statt. Der Rechtsanwalt Michael Andrejewski steht Ihnen dafür von 10.00 - 18.00 Uhr zur Verfügung. Terminvereinbarungen unter: 03971 - 24 42 80.

NPD-Bürgerbüro, Pasewalker Straße 36, 17389 Anklam



■ Kurz & Knapp

Afghanistan - Schon wieder mußten deutsche Soldaten im Auslandseinsatz für fremde Interessen ihr Leben lassen. In acht Jahren am Hindukusch kamen bereits 43 deutsche Soldaten ums Leben. 26 davon starben durch Fremdeinwirkung. 141 deutsche Soldaten wurden verletzt. Wir fordern: Raus aus Afghanistan – Kein Blut für die USA - Schluß mit den Auslandseinsätzen!

Steuergeldverschwendung - Ein treffendes Beispiel dafür, wie dieses System mit den Steuergeldern seiner Bürger umgeht, ist der Radweg zwischen Pinnow und der Zeche-riner Brücke. Der Radweg an der Bundesstraße 110 wurde im vergangenen Herbst bei Sturm überflutet. Der Wasserstand ging während des ganzen Winters nicht zurück, sondern verwandelte sich natürlich in eine Eisdecke, unter welcher der Weg begraben lag. Mittlerweile ist das Wasser zurückgegangen und fördert zutage, was man den ganzen Winter bereits vermutete: einen an unzähligen Stellen aufgeplatzten und beschädigten Radweg. Hätte man den Radweg genauso wie die Bundesstraße 110 auf einem Damm gebaut, wäre das ganze Malheur vielleicht nicht passiert.

Die Bausumme für den Radweg betrug insgesamt übrigens knapp 689.200 DM. Laut Auskunft der Landrätin ist nun eine Höherlegung des Radweges vorgesehen. Die Frage, warum man das nicht gleich tat, bleibt offen. Es sind ja auch nur die Gelder der Bürger, die hier regelrecht hinausgeschleudert werden ...

■ Impressum

Initiative für Volksaufklärung e.V.
Postfach 1120 in 17429 Bansin

V.i.S.d.P.: M. Gielnik, c/o Postfach
1120 in 17429 Bansin - E.i.S.

Schweizer Studie bestätigt Nationale Weltanschauung



Eine Schweizer Studie bestätigte jetzt, was wir Volkstreuen schon lange wissen: wahre Liebe funktioniert nur zwischen Menschen gleicher Herkunft (Nationalität). Für die Studie wurden 1074 Paare in der Schweiz über einen längeren Zeitraum beobachtet.

Kultur und Geschichte. Für uns ist das Volk „die Gemeinschaft rassisch verwandter Menschen, die durch Sprache, Geschichte und Kultur verbunden sind“. Jedes Volk hat aufgrund seiner rassischen Zusammensetzung eine Volksseele, die sich in der jeweiligen Kultur widerspie-

Solange die Völker unter sich bleiben, ist das nicht weiter schlimm. Versucht man allerdings die Völker in einer schmelztiegelartigen Multi-kulti-Gesellschaft zu vereinen, kommt es aufgrund der biologisch-kulturellen Unterschiede zum großen Knall. Der „beste“ Beweis dafür sind die Großstädte der BRD, in denen die multikulturelle Gesellschaft jeden Tag deutlich sichtbar scheidet.



Dabei wurde festgestellt, daß die Trennungswahrscheinlichkeit geringer ist, wenn beide Partner aus dem gleichen Kulturkreis stammen.

Die Studie bestätigt damit unsere nationale und soziale Weltanschauung, schweigt sich allerdings über die Gründe aus, warum eine gemeinsame Nationalität wichtig für eine glückliche Beziehung ist.

Für uns Nationalisten definiert sich ein Volk durch gemeinsame Abstammung, Sprache,

gelt. Kultur ist dabei nicht nur Kunst und Musik, sondern die Gesamtheit der Lebensäußerungen des Volkes.

Wer will leugnen, daß zum Beispiel südländische Völker in ihrem Temperament aufbrausender als nordische Völker sind. Das macht sie nicht zu schlechteren Menschen – sie sind aufgrund ihrer Volksseele eben anders als wir Deutschen. Sie sehen nicht nur anders aus, sondern sind auch in der Gesamtheit ihrer Lebensäußerungen völlig anders als wir.

Was im Großen nicht geht, funktioniert auch in den seltensten Fällen im Kleinen. Das ist der Grund, warum eine gemeinsame Abstammung wichtig für eine funktionierende Beziehung und Ehe ist. Denn wie will man Probleme – die es irgendwann in jeder Beziehung gibt – lösen, wenn man sich seelisch-kulturell nicht im Gleichklang befindet? Das muß früher oder später zu Problemen führen.

Nicht nur aus diesem Grund lehnen wir Nationalisten die planmäßige Vermischung der Völker ab. Jeder Einzelne muß sein Bewußtsein dafür schärfen, daß letztlich auch er durch die artgemäße Partnerwahl einen wichtigen Beitrag für den Fortbestand seines Volkes leistet.

65 Jahre „Befreiung“

Lügen müssen mit Strafen geschützt werden. Die Wahrheit steht von ganz allein!

Zum 65. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht versuchen Köpfe der politischen Klasse aus Berlin, Schwerin und anderswo uns vorzuschreiben, den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zu feiern.

Für die Erlebnissgeneration war der 8. Mai 1945 gewiß kein

Tag der Befreiung. Es war ein Tag des Elends, der Qual und der Trauer. Sechs lange Jahre Existenzkampf des deutschen Volkes fanden ihr bitteres Ende.

Die Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten, die Charakterstärke und Unerschütterlichkeit der Frauen und Männer im Bombenhagel des alliierten

Luftterrors, die Tränen der Mütter und Waisen sind auf ewig mit dem 8. Mai verbunden. Denn die Sieger von 1945 sind nicht als „Befreier“ gekommen, sondern als Eroberer. So und nicht anders traten sie auf!

Schluß mit dem Schuld kult – Versklavung und Besatzung feiern? Ohne uns!